72. Jahrgang. № 132 — Sonnabend, 17. März 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. März 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat März 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Ofertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Jeden Sonnabend: EUROPAHOF Gesellschafts-Abend
Jeden Nachmittag 5 Uhr Tanztee

Nur keine sachliche Abrüstungs-Debatte!

Tirpitz scheidet aus dem politischen Leben. — Lettow-Vorbeck kandidiert an seiner Stelle.

Der Standpunkt der Weltkriegssieger.

Um das Schicksal des Konventionsentwurfes.

Genf, 16. März. Ueber den weiteren Verlauf der gestern begonnenen Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission besteht in Delegiertenkreisen noch völlige Unklarheit. Der auf der letzten Tagung gefaßte Beschluß, auf der Märztagung in die zweite Lesung des vorliegenden Konventionsentwurfes über die Abrüstung einzutreten, um auf dem Wege der Abrüstung praktische Fortschritte zu erzielen, stößt gegenwärtig auf **ausgesprochenen Widerstand der französischen Delegation und der ihr nahestehenden übrigen Delegationen. Auch die englische Delegation zeigt wenig Neigung, mit der zweiten Lesung des Konventionsentwurfes auf dieser Tagung zu beginnen.** Man will somit die gegenwärtige Tagung der Abrüstungskommission so schnell wie möglich zum Abschluß bringen, ohne in eine sachliche Erörterung des Konventionsentwurfes einzutreten.

Die sowjetrussischen Vorschläge sollen, wie verlautet, in einer Unterkommission ohne Debatte als den gegenwärtigen politischen Bedingungen nicht entsprechend erklärt werden und somit tatsächlich der Ablehnung verfallen. **Diesem Versuch wird von deutscher Seite nach wie vor die ausdrückliche Forderung gegenübergestellt, auf der gegenwärtigen Tagung zu praktisch greifbaren Ergebnissen zu gelangen.** Man weist ausdrücklich darauf hin, daß zunächst keinerlei sachliche Veranlassung vorliege, die zweite Lesung des Entwurfs wiederum auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Man würde darin eine neue unbegründete Verzögerung in den gesamten Abrüstungsarbeiten erblicken, insofern, als die endgültige Einberufung der Abrüstungskonferenz das alleinige Ziel der Vorbereitenden Abrüstungskommission zum mindesten wesentlich erschwert würde.

Erklärungen Litwinows und des Grafen Bernstorff.

Genf, 16. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Abrüstungskomitees erstattete der griechische Delegierte Politis einen kurzen Bericht über die Ergebnisse der Arbeiten des Sicherheitsausschusses. Hierauf ergriff

der sowjetrussische Delegierte Litwinow

das Wort und erklärte, **das Friedensproblem könne nicht in der Weise gelöst werden, wie es vom Sicherheitskomitee versucht worden sei. Die vom Sicherheitsausschuß vorgeschlagenen regionalen Sicherheitspakte führten zu den Allianzen der Vorkriegszeit, die eine der Hauptursachen des Weltkrieges gewesen wären. Hierdurch würde eine neue Kriegsgefahr geschaffen. Die sowjetrussische Delegation sei nicht der Ansicht, daß die Lösung des Problems der Abrüstung vom Sicherheitsproblem abhänge. Damit habe man ein Hindernis für die Abrüstung geschaffen. Nur eine vollständige Abrüstung sei der Weg zur allgemeinen Sicherheit.**

Dieser Erklärung Litwinows trat sodann Politis entgegen. Er meinte, Litwinow habe den Bericht des Sicherheitsausschusses nicht genügend geprüft, sonst hätte er nicht erklären können, daß die regionalen Sicherheitspakte zu einer Gefährdung des Friedens führen. Der französische Delegierte, Graf Clauzel, erklärte, die französische Delegation sei mit den Ergebnissen der Arbeiten des Sicherheitsausschusses außerordentlich zufrieden. Sie hätten praktische Ergebnisse gezeitigt, die ein Mittel für die allgemeine Sicherheit und den Frieden wären. Sodann ergriff

Graf Bernstorff

das Wort und erklärte, die deutsche Regierung habe in den Verhandlungen des Sicherheitsausschusses zum **Ausdruck gebracht, welch große Bedeutung sie einer friedlichen Regelung von Streitigkeiten beilege.** Die deutsche Delegation habe im Sicherheitsausschuß neue Vorschläge eingebracht, die auf der weiteren Tagung des Ausschusses geprüft werden würden. Graf Bernstorff wies ferner auf die einleitenden Worte des Berichts des Sicherheitsausschusses hin, in denen auf den großen Wert der Sicherheitsgarantien des Völkerbundspaktes aufmerksam gemacht wird. Die Bestimmungen des Paktes gemeinsam mit den ergänzenden Sicherheitsgarantien des Locarno-Paktes, sowie der übrigen Sicherheitsverträge, seien ein neues wesentliches Moment für die allgemeine Sicherheit. Die Feststellung Politis', nach der Abrüstung und Sicherheit eng miteinander zusammenhängen und gemeinsam gefördert werden müßten, sei von größter Bedeutung. Auf dem Gebiete der Sicherheit sei bereits Wesentliches geleistet worden. **Jetzt müsse der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung getan werden, der bisher noch nicht erfolgt sei. Er hoffe aber, daß dieser erste Schritt zur Abrüstung bald vorgenommen werde.**

Damit wurde die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung abgeschlossen. Der Präsident legte dem Ausschuß den Entwurf einer Entschließung vor, in dem die Abrüstungskommission mit Befriedigung von den Ergebnissen der Arbeiten des Sicherheitsausschusses Kenntnis nimmt. Die Abstimmung über die Entschließung wurde auf eine weitere Sitzung vertagt. Sodann teilte der Präsident mit, daß nach dem Eintreffen des türkischen Außenministers am Sonntagabend die Debatte über die sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge als zweiter Punkt der Tagesordnung in der Montagnachmittagssitzung begonnen werden würde.

Die Auseinandersetzung mit den Sowiets.

Berlin, 16. März. Neue Nachrichten über die verhafteten deutschen Techniker liegen bisher im Auswärtigen Amt noch immer nicht vor. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat gestern am Schluß seiner Unterhaltung mit dem russischen Botschafter Krestinski diesem eine schriftliche Aufzeichnung übergeben, die die Ausführungen die Dr. Stresemann ihm gegenüber machte, wiedergibt. Er hat indessen entgegen anderslautenden Nachrichten den Wunsch nach Zulassung deutscher Verteidiger bei dem zu erwartenden Gerichtsverfahren gegen die Ingenieure nicht zum Ausdruck gebracht, da im Auswärtigen Amt eben die feste Ansicht besteht, daß kein stichhaltiger Grund für ein Gerichtsverfahren gegen die deutschen Techniker vorliegt. Ob von deutscher Seite etwas später, wenn die Russen tatsächlich die deutschen Techniker vor ein Gericht stellen würden, ein solches Verlangen geäußert werden wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

In sowjetpolitischen Kreisen erhält sich die Ansicht, daß die Freilassung der deutschen Ingenieure in einem gesonderten Verfahren kaum durchführbar ist, und daß selbst die Stellung einer Kaution die Verdunkelungsgefahr nicht ausschlösse. **Die Stimmung und die Lage erscheint kompliziert, doch sind zweifellos Versuche im Gange, den deutschen Wünschen gerecht zu werden, unter der Voraussetzung allerdings, daß dies ohne Prestigeverlust möglich ist.**

Moskau wird ausführlich antworten.

Kowno, 16. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, beabsichtigt die Sowjetregierung, unabhängig vom Schritte der Reichsregierung und den Schritten des deutschen Botschafters in Moskau der Reichsregierung eine erschöpfende Erklärung über die Verhaftung der Ingenieure zu geben. Die Erklärung soll bereits am Sonnabend oder spätestens Sonntag überreicht werden. — Wie weiter gemeldet wird, begibt sich der Oberste Staatsanwalt Krassikow nach Rostow, um die verhafteten deutschen Ingenieure zu vernehmen.

Abreise der Sowjetabordnung.

Berlin, 16. März. Wie die T.-U. von zuständiger Stelle erfährt, wird die Sowjetdelegation unter Leitung Schleifers Berlin morgen verlassen. Botschafter Krestinski hat, wie der „Ruf" zu wissen glaubt, gestern nach der Unterredung mit Stresemann in Moskau telegraphisch um die Erlaubnis nachgesucht, persönlich über den ungünstigen Eindruck der Verhaftung der deutschen Ingenieure zu berichten.

Hindenburg und Marx afghanische Herzöge.

Löbe lehnte Titel und Orden ab.

Berlin, 16. März. Der König von Afghanistan hat, wie nunmehr bekannt wird, nach seiner Abreise durch den hiesigen afghanischen Gesandten dem Reichspräsidenten v. Hindenburg, dem Reichskanzler Marx und dem Reichstagspräsidenten Löbe den höchsten afghanischen Orden Almer-e-Ala, sowie den dazu gehörigen roten Herzogsmantel zur Erinnerung an seine Deutschlandreise überreichen lassen.

Wie verlautet, haben der Reichspräsident und der Reichskanzler in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen aus Gründen der internationalen Höflichkeit die afghanischen Orden als Erinnerungszeichen angenommen. Reichstagspräsident Löbe hat die Annahme der Auszeichnung verweigert. Nach früheren Erfahrungen auf diesem Gebiete darf man wohl auch jetzt wieder gespannt sein auf das Lamento, mit der die demokratische und sozialdemokratische Presse diese Nachricht aufnehmen wird.

Lustbarkeitssteuer.

Lustbarkeitssteuer — seit Jahren und besonders durch den Zusammenhang mit der Filmindustrie, ist der Inhalt dieses Begriffes selbst der breiten Masse des Volkes nichts Fremdes mehr. Nun wird in der kommenden Wahlkampagne die Frage der Abschaffung oder der Beibehaltung dieser Steuer sogar zu einer umkämpften Sache werden. Die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie, die Produktion, Verleihbetriebe und Lichtspieltheater umfaßt, hat angekündigt, daß ihre Geduld zu Ende sei und daß sie nicht länger die Last der Lustbarkeitssteuer ertragen könne, von der sie bekanntlich am härtesten betroffen wird. In Genf ist es nicht gelungen, das Einfuhrkontingent von Filmen genügend zu beschränken, um die Konkurrenz des Auslandes, besonders der Vereinigten Staaten von Amerika, insoweit auszuschalten, daß sie nicht das Leben der deutschen Filmindustrie erdrosseln würde. Dafür versprach die Reichsregierung einen sofortigen Abbau der Lustbarkeitssteuer. Sie hat aber die Erfüllung dieser Zusage immer wieder verschleppt. Die Spitzenorganisationen der Filmindustrie haben deshalb den Entschluß gefaßt, im Interesse der Filmwirtschaft nunmehr durch Lichtsprüche in den Theatern die Aufforderung zu propagieren, der Wähler möge sich die Parteien auch auf ihre Stellung zur Lustbarkeitssteuer ansehen. Man sei ferner entschlossen, im Wahlkampf die Filmfreundlichkeit oder -feindlichkeit der Parteien im wahrsten Sinne des Wortes zu beleuchten. Mit lauterer Freude kann uns diese Ankündigung nicht gerade erfüllen, denn die Aufgaben des Films liegen doch eigentlich möglichst weit ab von der Politik. Andererseits muß aber billigerweise anerkannt werden, daß andere notleidende Gewerbe sich bereits einer viel schärferen Tonart bedient haben. Ebenso muß zugestanden werden, daß sich der deutsche Film tatsächlich in Not befindet. Jedenfalls ist das Vorgehen der Filmindustrie nicht ungesetzlich. Und daß es keine papierene Drohung ohne Machtmittel darstellt, werden kluge Parteiführer genau so gut wissen wie wir. Presse und Film sind die größten Propagandamittel, neben denen sich nur der Rundfunk noch eine Stellung zu erobern vermag.

Was nun die Lustbarkeitssteuer angeht, so begreift man sehr wohl das Bestreben der Gemeinden, ihre Einnahmequellen zu behalten. Wer arm am Beutel ist, bei dem liegt es nahe, auch krank am Herzen zu werden: der Deutsche Städtetag, der sich bekanntlich erst kürzlich in der Getränkesteuerfrage sehr unbeliebt gemacht hat, wird auch von der Filmindustrie beschuldigt, in erster Linie an der Beibehaltung dieser Steuer schuldig zu sein. Und es ist wohl kein Zweifel daran, daß die Auslegung alles dessen, was „Lustbarkeit" sein soll, das kulturelle Leben der Städte tatsächlich herzkrank machen kann. Mit Ausnahme der Einkommen-, der Gewerbe- und gleichgearteter Steuern werden doch alle anderen Steuern da angesetzt, wo es gilt, ein Uebermaß zu verhüten. Zölle sind da, um Einfuhren bzw. Ausfuhren zu regulieren, deren allzugroße Ausdehnung für das Gemeinwesen schädlich sein würde. Haben wir es also bei den Zöllen mit einem Regulator auf wirtschaftlichem Gebiete zu tun, so haben Luxus- und Lustbarkeitssteuern gewissermaßen eine volkserzieherische Aufgabe zu erfüllen. Sie verbinden die Gedanken des Säckelministers mit denen des Volkspädagogen, der weiß, daß Luxus und Lustbarkeiten nur bis zu bestimmten Grenzen harmlos sind, darüber hinaus aber auf die Nation seelenzerstörend wirken müssen. Es liegt auf der Hand, daß in diesen Fragen die Grenzen nicht eindeutig festzulegen sind. Und wo die Grenzlinie auch gezogen werden mag, immer wird sie jemand als Härte empfinden. Aber nicht mit dem Streit um graduelle Entscheidungen, über die die Ansichten stets auseinandergehen werden, haben wir es hier zu tun, sondern es muß eine prinzipielle Regelung in diesen Fragen gefunden werden. Wer sieht, wie heute noch auf der Steuerliste ein Wagner-Konzert neben einem Schießbudenbetrieb oder ein wissenschaftlicher Vortrag neben einer Zaubervorstellung steht, nur daß die „hochkünstlerischen Veranstaltungen" einige Prozente weniger an Lustbarkeitssteuern zu bezahlen haben, wem außerdem noch bekannt ist, wie schwer es bei vielen Magistraten ist, eine wirklich volksbildende oder volkserzieherische Veranstaltung als hochkünstlerisch durchzusetzen — der weiß, was wir meinen. Es kann bei dieser Frage nicht auf Gradwerte ankommen; auch ein sehr kunstkritisch eingestellter Mensch wird sich lieber im Zirkus treffliche Tierdressuren ansehen, als im Kino eine sinnlose amerikanische